

## JSL-Resolution: ein Plädoyer für mehr Europa in der Außenpolitik

Die Anweisung des amerikanischen Präsidenten, die Truppenstärke seines Landes in Afghanistan von gegenwärtig 14.000 auf etwa 7.000 zu halbieren sowie die militärische Präsenz in Syrien gänzlich zu streichen, hat einmal mehr offenbart, dass die Zeiten, in denen sich die Europäische Union auf die Vereinigten Staaten von Amerika als enger Bündnispartner verlassen konnte, der Vergangenheit angehören. Dies ist eher als struktureller Wandel zu sehen und hängt in erster Linie nicht an der Person von Donald Trump.

Die Europäische Union stellt den am tiefsten integrierten Zusammenschluss souveräner Staaten dar und wird aus diesem Grund auf der ganzen Welt beneidet. Neben einem gemeinsamen Binnenmarkt, einer gemeinsamen Währung der Euro-Zone und der weitreichenden Kompetenz der EU-Kommission bezüglich des Außenhandels mit Drittstaaten wäre es nur eine logische Konsequenz, die europäische Integration mithilfe einer kohärenten, europäischen Außenpolitik zu stärken.

### **Weniger Militärausgaben**

Das Bedürfnis, langfristig und progressiv eine EU-Armee zu bilden, erschließt sich jedoch nicht nur aus der Tatsache, dass die USA auch in Sicherheitsfragen zu einem unzuverlässigen Partner geworden sind. Da 22 der bald 27 EU-Staaten gleichzeitig NATO-Mitglieder sind, böte sich die Gelegenheit, innerhalb der NATO ein politisches Gegengewicht zur USA zu bilden und somit der Forderung seitens der USA nach einer Erhöhung der nationalen Militärausgaben auf 2 Prozent der nationalen Wirtschaftsleistung ein Ende zu setzen. Die Jungsozialisten bemängeln in diesem Kontext, dass die internationale Aufmerksamkeit sich zu sehr auf das Erhöhen der Militärbudgets konzentriert. Europäische Streitkräfte würden den Weg bereiten für eine Harmonisierung der nationalen Verteidigungssysteme der Mitgliedsstaaten, wodurch Synergieeffekte und letztendlich eine Senkung der Kosten für alle EU-Staaten erzielt werden könnte. Dieser Gesichtspunkt erscheint umso relevanter da moderne Verteidigungssysteme mit satellitenunterstützten Leitsystemen und digitalisierten Kommunikationswegen ausgestattet sind, die hohe Fixkosten verursachen. Eine Harmonisierung auf europäischer Ebene erlaube demnach ein umso größeres Sparpotenzial. Eine Anfang März 2015 vom *Centre for European Policy Studies (CEPS)* in Brüssel vorgestellte Studie schätzt, dass angesichts der international verschärften Bedrohungslage ein Verzicht auf eine gemeinsame europäische Armee Kosten in Höhe von jährlich 130 Milliarden Euro verursacht.

### **Eine handlungsfähigere EU**

Eine koordinierte EU-Außenpolitik mit einer EU-Armee ist jedoch vor allem deshalb notwendig, da die Probleme in der Ukraine, im Nahen Osten, in Nordafrika oder andernorts vor Europas Haustür nicht mehr durch kleinteilige nationale Lösungen zu bewältigen sind. Nachdem mit dem Vertrag von Lissabon im Jahr 2007 die Europäische Verteidigungsagentur ins europäische Primärrecht aufgenommen worden ist und Präsident Macron die Europäische Interventionsinitiative vorangetrieben hat, wäre es an der Zeit, ein neues Kapitel der europäischen Integration im Bereich der Außenpolitik zu wagen. Die Symbolkraft der Geschlossenheit, die mit der Schaffung europäischer Streitkräfte einhergehen würde, ist in Zeiten zunehmender Europaskepsis von nicht zu unterschätzendem Wert. Dieser Schritt würde die Handlungsfähigkeit der EU untermauern. Es bleibt auch genau im Auge zu behalten, inwiefern die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (PESCO) von 25 Mitgliedsstaaten Früchte tragen wird.

Eine glaubhafte EU-Außenpolitik muss sich einerseits konsequent von den europäischen Werten der Demokratie und des Friedens leiten lassen, andererseits muss sie sich auch die nötigen Mittel geben und mit einer gemeinsamen Stimme in Erscheinung treten, um international Gewicht zu haben. Dazu gehört auch, die zwingende Einstimmigkeit im EU-Außenministerrat aufzugeben.

### **Mehr Engagement gegen Armut**

Letztendlich wünschen sich die Jungsozialisten auch, dass die verschiedenen EU-Mitgliedsstaaten ihre Entwicklungshilfe nachhaltig steigern. Humanitäre Entwicklungshilfe, die an objektive Kriterien gebunden ist und keine Gegenleistungen beinhaltet, stellt nach wie vor das beste Mittel dar, Frieden und Solidarität international zu sichern. Reiche Industriestaaten stehen in der moralischen Verantwortung, die Armut in ärmeren Regionen der Welt nachhaltig anzugehen. Aus diesem Grund sollte den am wenigsten entwickelten Ländern (LDCs) ein besonderes Augenmerk gelten. Derzeit sind Schweden und Luxemburg weltweit die einzigen Staaten, die mindestens 1 Prozent ihrer nationalen Wirtschaftsleistung für Entwicklungshilfe zur Verfügung stellen. Die Jungsozialisten fordern, dass jedes EU-Mitglied mittelfristig mindestens 0,7 % seiner nationalen Wirtschaftsleistung (Bruttonationaleinkommen BNE) für Entwicklungshilfe bereitstellen muss.